



# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2020



Vor dem US-Konsulat in Hamburg, Foto C. Schneider (siehe auch S. 4)

**Redaktionsschluss** für die August-Ausgabe:  
**Samstag, 01.08.2020**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

#### Inhalt:

Bericht vom Bezirksmitgliedertreffen	S. 2
Black Lives matter	S. 4
So geht solidarisch	S. 5
Schilleroper	S. 6
PM Ini Gedenkort Stadthaus	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9

## Gelungener Neustart des Parteilebens

### Bericht vom Mitgliedertreffen am 14. Juni

Am 14. Juni kamen endlich wieder Genossinnen und Genossen zu einem Mitgliedertreffen der LINKEN Hamburg-Mitte zusammen, 24 in Präsenz, 3 nahmen online teil. Es konnten erfreulicherweise auch einige neue Mitglieder begrüßt werden. Nach über 6 Monaten seit der letzten BMV (17.11.2019!) gab es viel zu beraten. Als erstes auf der Tagesordnung stand *Linke Perspektiven aus der (Corona-)Krise - Corona deckt die Systemmängel gnadenlos auf. Welche Perspektiven ergeben sich daraus für DIE LINKE?*

**Martin Dolzer** fasste die Krisenlage einleitend zusammen: 2019 hat eine schwere Wirtschaftskrise begonnen, stärker und tiefgreifender als die von 2008, im Ausmaß vergleichbar mit denen von 1907 und 1929. Für linke und kritische Ökonomen war dies keine Überraschung, denn mit Marx'scher Analyse vorhersehbar. Im Kern führt die Konzentration des Reichtums immer wieder zum Erlahmen des Waren- und Geldverkehrs - heute beschleunigt und verstärkt durch die entfesselte Spekulation. Von den Reichen und Mächtigen wird die Corona-Pandemie genutzt, um von dieser Krise abzulenken und Macht- und Reichtum weiter zu konzentrieren - was auch die Gefahr einer faschistischen Form der Machtbündelung mit sich bringt. Auf der anderen Seite ist es von linker Seite möglich, eine Dynamik für die Überwindung des Kapitalismus zu schaffen, da viele merken, wie sehr die Regierungspolitik gegen ihre Interessen verstößt. So werden 600 Mrd. an große Unternehmen gezahlt, die über deren Dividenden bei reichen Aktionären landen. Die Mehrheit der Beschäftigten arbeitet bei kleineren und mittleren Unternehmen, die nur 50 Mrd. erhalten sollen. Das Kapital und die Bundesregierung haben also keinen (vernünftigen) Plan, die Beschäftigten aber sehr wohl. Die LINKE muss diese Radikalität des Konflikts erkennen und den erforderlichen Umbruch fördern. Regierungsbeteiligungen, wie von der Parteispitze aktuell als Anspruch formuliert, führen dabei in die Sackgasse.

**Mehmet Yildiz** ergänzte mit historischem (Weit-)Blick: Es geht darum, das Leben lebenswerter zu machen - wo dies der ArbeiterInnenbewegung gelingt, schafft sie Hoffnung. Deswegen wird versucht, diese Stimme mundtot zu machen. Dabei ist der westliche Imperialismus schon angezählt - er schafft es nicht, seine wirtschaftliche Vormachtstellung zu halten und über „Regime-Changes“ die Kontrolle über Handelswege und

Ressourcen zu sichern. Zu begrüßen ist der Appell für den Frieden von UN-Generalsekretär Antonio Guterres ([https://secure.avaaz.org/campaign/de/global\\_ceasefire\\_loc/](https://secure.avaaz.org/campaign/de/global_ceasefire_loc/)) im Konflikt mit den Aufrüstungsplänen von NATO und Bundesregierung. Eine Regierungsbeteiligung sei absurd - nicht nur aufgrund der NATO-Verpflichtungen: Um das



Kapital an die Leine zu nehmen, müssen z.B. auch die Banken verstaatlicht werden. Die LINKE muss zusammenkommen und aktiv(er) werden: In der Türkei habe man das unter Bomben getan - es könne nicht sein, dass wir uns jetzt von einem Virus lahmlegen lassen.

**Andreas Grünwald** unterstrich das: Man stelle sich vor, die Revolutionäre von 1918/19 hätten sich von der spanischen Grippe aufhalten lassen, die wesentlich gefährlicher war als das heutige Virus. Rechtsextreme Großdemonstrationen in Italien zeigen auch heute wieder die Folgen des Fehlens einer linken Kraft. Debatten über „prekäre Schichten“ oder „urbane Milieus“ seien „Tüdelkram“ - beides sei zusammenzubringen. DIE LINKE bleibe hinter dem kritischen Alltagsverstand zurück, worin die Menschen zu bestärken und zu entsprechendem Handeln zu ermutigen sind. **Leo Miguez**, neu zugezogenes Mitglied und Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Fabio de Masi, wünschte sich eine praktischere Diskussion. **Nicola Hofediener**, ebenfalls gerade nach Hamburg Mitte gewechselt, versuchte die widersprüchlichen Gedanken mancher, die sich an „Widerstand 2020“ beteiligen, nach links zu orientieren und sieht darin eine zentrale Aufgabe der Linken bezogen auf die Mitmenschen insgesamt. **Gunhild Berdal** wandte sich an Leo und griff die Wendung auf: Autos kaufen keine Autos, aber mit der wirtschaftlichen Krise geht auch eine Legitimationskrise der Herrschenden einher, die der Einschätzung und Beratung bedarf. **Ich** unterstrich, dass die Frage nicht sei, ob wir uns an „die

Menschen da draußen“ wenden, sondern wie und womit. Es sei zu begrüßen, dass die ersten drei Redner betont hatten, dass das Kapital nicht mehr in der Lage sei, die Beschäftigten aber sehr wohl. Vertrauen und bauen wir in diesem Sinne auf unsere Mitmenschen oder glauben wir, sie mit niedrigschwelligen Angeboten zur Unterstützung eines parlamentarischen Traums gewinnen zu können? **Franziska Hildebrandt** ging auf die Legitimationskrise und den Gedanken ein, dass der Alltagsverstand weiter sei als von Teilen der Partei wahrgenommen werden will: Laut einer aktuellen Umfrage teilt die Mehrheit, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die heutigen Probleme zu lösen. Gerade jetzt ist Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohn- und Personalausgleich) ein notwendig zu verfolgendes Ziel. In Wuhan führte eine Verkürzung auf 6 Stunden Arbeitszeit für die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu besserer Hygiene und gestärktem Immunsystem, während hier die Arbeitszeit erhöht wird. **Kristian Glaser** richtete den Blick auf die erfolgreiche Krisenbewältigung auf Kuba und nannte das aus Sicht der hiesigen Herrschenden eigentliche Virus den produktiven, auf menschenwürdige Entwicklung gerichteten Austausch unter den Menschen,



den es zu fördern gilt. Bezogen auf die Proteste hier und in den USA ist die Aufgabe der LINKEN, antirassistisch und antikapitalistisch Partei zu ergreifen, anstatt die Einhaltung der Corona-Restriktionen zu fordern.

Nach einer Pause wurde dem Vorstand ein einstimmiges Meinungsbild mit auf den Weg gegeben, die Resolution des landesweiten Mitgliedertreffens vom 09. Mai „Raus aus der Corona-Krise heißt raus aus dem Neoliberalismus“ (siehe Mittemang vom Juni) als Antrag an den Parteitag einzureichen. **Es liegt auch eine Flug-**

**blattversion zur Verbreitung vor, die über unseren Bezirksvorstand zu erhalten ist.**

Dann ging es weiter mit TOP 2: *Wie weiter für (atomare) Abrüstung und das Verbot der Rüstungsexporte? Abzug der Atomwaffen aus Büchel und kein Kauf von F-18 Bombern, stattdessen das Gesundheitssystem stärken.* **Gunhild Berdal** rief auf, dass die AtomwissenschaftlerInnen heute die Gefahr eines Atomkriegs so hoch einschätzen wie noch nie - die „Doomsday-Clock“ stand während des Kalten Krieges auf 5 vor 12, heute bei 100 Sekunden vor 12. In der Jungen Welt vom 12.05. begründet unser Genosse und Professor für Völkerrecht **Norman Paech**, warum die atomare Teilhabe im Rahmen der NATO völkerrechtswidrig ist. Ein kleiner Erfolg der Kritik der Friedensbewegung ist die Vertagung der Entscheidung über den von Kramp-K(n)arrenbauer gewünschten Kauf US-Amerikanischer F18 Kampfflugzeuge, mit denen die Bundeswehr atomar neu bewaffnet werden soll. Außerdem mussten in den Hamburger Koalitionsvertrag die „Unterstützung der Ziele“ der ICAN-Initiative für die Abschaffung aller Atomwaffen aufgenommen werden. Aber was folgt daraus? Das hängt von uns ab! Dies unterstrich auch **Martin Dolzer** bezogen auf die Mitgliedschaft Hamburgs bei den „Mayors for peace“. Beide luden zur Teilnahme an Veranstaltungen der Friedensbewegung Anfang August und am 1. September ein (nähere Informationen in der nächsten Ausgabe).

Zuletzt fand unter TOP3 noch ein kurzer Austausch statt zum Thema *Wiederaufbau des Parteilebens nach dem "Lockdown" - Parteitage und BMVen - Die Coronakrise hat auch stark das Parteileben eingeschränkt. Wie können wir es wiederbeleben?*

**Andreas Grünwald** und **Kristian Glaser** sprachen sich dafür aus, das Parteileben sofort wieder voll in Gang zu bringen mit Mitgliederversammlungen, bei denen inhaltlich passende Themen mit den anstehenden Wahlen von Delegierten kombiniert werden sollen. Der BeVo möge entsprechend pro Monat eine BMV organisieren.

Dies beantworteten die Anwesenden mit zustimmendem Beifall. Der Vorstand wurde zuletzt noch mit einem einstimmigen Meinungsbild aufgefordert, den Beschluss der BMV in Altona zu unterstützen, den Landesvorstand zur Einladung zu einem Landesparteitag im Herbst mit voller Delegiertenzahl und über zwei Tage aufzufordern.

So ging das Mitgliedertreffen nach guten Diskussionen im geplanten Zeitrahmen zu Ende. Eine Fortsetzung muss folgen!

Alexander Benthin (Fotos: Wolfgang Strauß)

## Black Lives Matter – Rassismus bekämpfen, überall!



stalter auf dem Rathausmarkt und auf dem Jungfernstieg aufgrund der Überfüllung zwang, die Veranstaltungen offiziell aufzulösen, fanden die Kundgebungen mindestens zwei Stunden lang statt.

Der erfolgreiche Tag fand ein bitteres Ende, da die Polizei nach kleineren Scharmützeln hart gegen junge TeilnehmerInnen vorging und später am Hauptbahnhof über 30 meist migrantische Jugendliche, teils noch Kinder, in Gewahrsam nahm – einige von ihnen hatten nicht mal an den Kundgebungen teilgenommen, sondern kamen vom Einkaufen, und mit zwei Bussen zu stadtauswärts gelegenen Polizeiwachen karrte, wo sie zum Teil

Nicht nur in den USA rief der gewaltsame Tod von George Floyd große Protestbewegungen gegen rassistische Polizeigewalt und Diskriminierung hervor. Auch in anderen Ländern kam es zu Protesten. In der Bundesrepublik waren es über 200.000 meist junge Menschen, die am Wochenende 5.-7. Juni in vielen Städten dem Aufruf der schwarzen Community folgten und unter der Parole „Black Lives Matter“ (Schwarze Leben zählen) ihre Solidarität zum Ausdruck brachten, rassistische Diskriminierung auch hierzulande anprangerten und an die vielen Opfer rassistischer (Polizei-)Gewalt erinnerten, so an den 2005 im Polizeigewahrsam getöteten Oury Jalloh oder an Achidi John, der infolge eines vom damaligen Innensenator Olaf Scholz freigegebenen Brechmitteleinsatzes zu Tode kam.

Im Hamburg waren schon am 5.6. statt der „geheimigten“ gut 200 ca. 4.500 Menschen zum Protest vor das US-Konsulat gezogen. Am folgenden Tag war es bereits eine halbe Stunde vor dem Kundgebungsbeginn auf dem Rathausmarkt unmöglich, den Platz zu erreichen, so voll waren bereits die Zufahrtswege. Die Polizei nannte eine Zahl von insgesamt 14.000, die dem Aufruf von Black Community und Lampedusa-Gruppe folgten; doch vom Rathausmarkt bis Gänsemarkt waren die Straßen und Plätze überfüllt, so dass man von einer noch größeren Zahl ausgehen kann. Sehr erfreulich war die große Zahl von Menschen mit Rassismus-Erfahrung und von jungen Leuten. Und obwohl die Polizei die Veran-



noch Stunden festgehalten wurden.

Im März noch war der Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, der Rassismus als weit verbreitetes, *strukturelles* Phänomen in Deutschland kritisiert, ohne Resonanz geblieben. Nach den großen Demonstrationen nehmen die Debatten über Gegenmaßnahmen und institutionelle Veränderungen, insbesondere bei der Polizei, jedoch Fahrt auf.

Christiane Schneider, *auch Fotos*

## So geht solidarisch!



Fotos: Reinhard Schwandt

Ziemlich kurzfristig hatten sich über 30 Organisationen dazu entschlossen, die #Unteilbar-Aktion „So geht solidarisch“ am 14. Juni auch in Hamburg durchzuführen, darunter auch der DIE LINKE. Über 2000 Menschen folgten dem Aufruf und knüpften ein „Band der Solidarität“, das vom Rathausmarkt bis zum Platz des ehemaligen Lampedusa-Zeltes am Steindamm reichte. Natürlich ist eine lebendige Demonstration mit einer Kundgebung nicht zu vergleichen, die die den Corona-Abstandsregeln unterliegt und zu deren Auflagen gehörte, dass die TeilnehmerInnen Mund- und Nasenschutz tragen und am Standort verbleiben. Auch reichten die technischen Hilfsmittel (Megaphon und Lautsprecher) nicht, dass alle TeilnehmerInnen alle Reden verfolgen konnten, ein Problem, das auch durch den Lautsprecherwagen, der das lange Band abfuhr, nicht gelöst werden konnte. Trotzdem war die Stimmung gut, und die allermeisten blieben die gut eineinhalb Stunden bis zur Auflösung. Insgesamt nahmen mehrere zehntausend Menschen in zahlreichen Groß- und vielen kleineren Städten an der #Unteilbar-Aktion teil.

Christiane Schneider

Hier ein Ausschnitt aus dem zentralen Aufruf:

### #unteilbar durch die Krise

Die Pandemie trifft uns alle, doch bei Weitem nicht alle gleich. Was vorher ungerecht war, wird in der Krise noch ungerechter: Weltweit sind im-

mer mehr Menschen in ihrer Existenz bedroht und haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die Milliarden aus den ersten Konjunkturprogrammen kommen vor allem Unternehmen zugute. Jetzt muss dringend in den Klimaschutz, ins Gesundheitssystem und den Kultur- und Bildungsbereich investiert werden.

Gleichzeitig werden Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungserzählungen gesellschaftsfähiger und bedrohen unser Zusammenleben. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

### So darf es nicht weitergehen!

Viele von uns drohen zurückzubleiben: Menschen ohne sichere Arbeit, die ihre Miete nicht mehr zahlen können oder kein Zuhause haben; geflüchtete Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen oder an den europäischen Außengrenzen entrechtet werden; Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung betroffen sind oder gar Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt werden; An-



gehörige von Risikogruppen, Betroffene von häuslicher Gewalt und Schulkinder, die abgehängt werden.

Dabei sind es vor allem Frauen, die in der Pflege, im Einzelhandel und bei der Kinderbetreuung die Umsetzung der Schutzmaßnahmen erst möglich machen.

### Für eine solidarische Gesellschaft

Jetzt wird entschieden, wer die Kosten der globalen Krise trägt, wer danach stärker wird und wer schwächer. Jetzt wird entschieden, ob wir es schaffen, uns gemeinsam auf den Weg in eine antirassistische, soziale und klimagerechte Gesellschaft zu machen – für ein besseres Leben für alle. Auch in der Krise zeigen wir, dass es solidarisch geht – wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

## Zwischen Trauerspiel und Lehrstück

Es gibt so Geschichten in der hamburgischen Politik, die sind eigentlich schier unglaublich. Und illustrieren doch nur, dass die Kapitaleseite macht was sie will und dabei nur wenig eingeschränkt wird vonseiten des Staates. Eine dieser never ending stories ist die Auseinandersetzung um die Schilleroper in St. Pauli.

Der zirkuszeltartige Rundbau ist 1889 bis 1891 für den Circus Busch errichtet und 1904/05 zu einem Theater, eben zum Schiller-Theater, umgestaltet worden. Der zweite Weltkrieg und ein Brand haben dem Bau zwar zugesetzt, doch die besondere Bauweise sorgte für den Erhalt bis heute. Tatsächlich handelt es sich bei der Schilleroper – so hieß ein Club, der hier ab 2003 drei Jahre untergekommen war – um ein europaweit einmaliges Gebäude: den letzten Zirkusbau in Stahlskelett-Bauweise. Seit 2006 steht das Objekt leer, unter der Nummer 12.748 ist es 2012 in die Hamburger Denkmalliste eingetragen worden.

Damit steht dieses altherwürdige Gebäude seit nunmehr 14 Jahren leer und rottet vor sich hin, und spätestens seitdem erleben wir ein Lehrstück, in dem veranschaulicht wird, dass Eigentum in unserem Land zu wenig verpflichtet und Investorenträume bis zum Anschlag ausgereizt werden. Insgesamt zehn Schriftliche Kleine Anfragen (SKA) stellte Heike Sudmann für die Linksfraktion alleine in der letzten, der 21. Legislaturperiode, der Hamburgischen Bürgerschaft. Die erste SKA datiert vom 18. April 2017, die Überschrift lautete schon damals „Dem Verfall nicht tatenlos zusehen“. Neun weitere Anfragen folgten bis Februar 2020, zwei weitere im Juni 2020, wobei die letzte erst in den kommenden Tagen beantwortet wird. Und immer ist der Tenor der gleiche: Das Gebäude ist wichtig für Hamburg, steht unter Denkmalschutz und muss von der Eigentümerin endlich, endlich saniert oder wenigstens so hergerichtet werden, dass es nicht noch weiter durch Wind und Wetter zerstört wird.

Mehr als drei Jahre drängt die Linksfraktion nun schon darauf, von der AnwohnerInnen-Ini Schiller-Oper (<https://schilleroper-ini.blogspot.com/>) einmal ganz abgesehen, die schon einige Jahre länger um den Erhalt des Denkmals kämpft und eine stadtteilverträgliche Nutzung des Gebäudes einfordert, selbstverständlich mit umfassender Bürger\*innenbeteiligung und transparenter Planung.



Doch die Stadt, das Bezirksamt und auch das Denkmalschutzamt lassen sich seit Jahren auf der Nase herumtanzen. Die Eigentümerin seit 2014, die „Schilleroper Objekt GmbH“, will das denkmalgeschützte Gebäude abreißen, um auf diesem lukrativen Grundstück mit einem schicken Neubau aber so richtig Kohle zu machen. Und so stellt sich die famose GmbH stur, missachtet Verabredungen mit der Behörde, kommt Ermahnungen und Aufforderungen nicht nach und verweigert sowieso das Gespräch mit der Nachbarschaftsinitiative, derweil das Gebäude von Winter zu Winter, von Sturm zu Sturm weiter beschädigt wird. Und das wohlgerne seit mehreren Jahren!

Der beständige Druck, zunehmende Proteste und auch eine vermehrte Aufmerksamkeit in den Medien führten schließlich dazu, dass die Freie und Hansestadt Hamburg der Eigentümerin am 5. Dezember 2019 eine so genannte Sicherungsverfügung zustellen ließ, in der festgelegt wurde, dass die Gebäudesicherung bis Ende Februar, allerspätestens bis zum 31. Mai 2020 erfolgen müsse. Auch wenn damit wieder ein Winter tatenlos vorüberging, keimte doch überall die Hoffnung auf, dass nach etlichen Jahren endlich der Durchbruch gelungen sei.

Doch wiederum weit gefehlt. Mit juristischen Winkelzügen (Widerspruch, Eilantrag) verhinderte die Eigentümerin ein weiteres Mal, Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Sie konnte darüber auch eine kurzfristige Ersatzvornahme durch das Denkmalschutzamt abwenden, also die längst überfällige Zwangssicherung auf Kosten der Eigentümerin. Was übrigens erst durch eine Se-

natsantwort auf eine weitere Kleine Anfrage am 16. Juni herauskam. Und als empörendes Sahnehäubchen berichtete NDR 90,3 *einen Tag später* davon, dass sich die Eigentümerin und die Kulturbehörde auf der Basis eines vom Verwaltungsgericht angeregten Vergleichs verständigt hätten. Nochmals einen Tag später hieß es vonseiten dieses Radiosenders, dass als neue Frist das Jahresende 2020 gilt; bis dahin müsse das denkmalgeschützte Stahlgerüst gesichert und vor weiterem Verfall geschützt werden. Von all dem war in der Senatsantwort vom 16. Juni mit keinem Wort zu erfahren, was postwendend zu einer weiteren, der 12. Kleinen Anfrage geführt hat. Nun muss sich der Senat erklären, warum er einer Abgeordneten offensichtlich Informationen vorenthält. Vor allem aber soll er die mit der Eigentümerin getroffenen Vereinbarungen konkret und detailliert offenlegen. Seit Jahren arbeitet der Senat so, konkrete Informationen kommen erst durch Proteste und Anfragen und auch dann nur peu à peu rüber. Von Transparenz, gar von konsequentem Vorgehen gegen die Kapitaleseite keine Spur. Ein einziges Trauerspiel, ein Lehrstück, das wütend macht.

Wer sich das Gebäude in der Straße Bei der Schilleroper 14/16 in letzter Zeit einmal angesehen hat, kann sich der Befürchtung nicht entziehen, dass jeder neue Winter das Ende dieses Gebäudes endgültig besiegeln könnte. Wieder werden Monate vergehen, die ersten Herbstgüsse über der Schilleroper niedergehen, bis sich die Eigentümerin gaaaanz eventuell daran macht, zwischen den Jahren eine Plane über dem Dach zu spannen und Holzbohlen an die Stahlkonstruktion anzubringen, um das Objekt zu „sichern“.

Viele Jahre hat sich das Eigentum, die Eigentümerin zu gar nichts verpflichtet gesehen und konsequent auch keinen Finger gerührt. Viele Jahre haben die Behörden durch Nichtstun diesen Umstand einfach hinge-

nommen und den beklagenswerten Zustand der Schilleroper damit massiv mitverschuldet. Wie wäre es mal mit einer Enteignung? Mal mit etwas schärferem Vorgehen? Aber nein, das stand jahrelang nicht auf der Agenda des von SPD und GRÜNEN getragenen Senats. Die lehnten vielmehr schon am 27. Juni 2018 einen Antrag der Linksfraktion ab, „die Eigentümerin mit kurzer Frist aufzufordern, die gebotenen Maßnahmen zur Erhaltung des Denkmals ‚Schiller-Oper‘ durchzuführen und bei Fristüberschreitung selber im Wege einer Ersatzvornahme nach dem Denkmalschutzgesetz umgehend durchzuführen“ (Drs. 21/13434 vom 13.6.2018). Insofern ist die ganze, höchst unappetitliche Angelegenheit nicht nur bezeichnend für die renditeversessene Kapitaleseite, sie ist auch ein Trauerspiel, ein Lehrstück, wie die GRÜNEN und die SPD mit dem baukulturellen Erbe und speziell dem Denkmalschutz in dieser Stadt umgehen. Das galt für die inzwischen abgerissenen, denkmalgeschützten City-Hochhäuser, das soll nach Meinung der Senatskoalition auch für das Denkmal Sternbrücke gelten. Und bei der Schilleroper zielt sie sich noch und setzt eher auf die langfristige Wirkung des Wetters...

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB



## Initiative Gedenkort Stadthaus

HH, 18.06.2020

### Presseerklärung zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen:

## Erinnerungspolitische Bagatellisierung wird zum Programm

Die spärlichen Aussagen des neuen Koalitionsvertrags zur Erinnerungskultur in Hamburg dokumentieren den fortgesetzten Unwillen, sich mit der NS-Geschichte dort zu konfrontieren, wo sich das Zentrum des Nazi-Terrors in Hamburg befand: im und am Stadthaus. Weiterhin soll es dabei bleiben, dass eine privat betriebene Buchhandlung mit Café und einer kleinen, kompakten Info-Ecke von 50 qm als Geschichtsort fungiert, kaum sichtbar und eingequetscht zwischen großen Luxus-Geschäften. So bleiben „die dunklen Seiten unserer Stadtgeschichte“, wie sie von der Koalition genannt werden, auch weiterhin im Dunkeln. Und Schulklassen, die sich mit der Bedeutung der Nazi-Terror-Zentrale auseinandersetzen wollen, haben keine Chance auf dieser kleinen Fläche. Der nach wie vor wichtige Bildungsauftrag wird hier ad absurdum geführt.

Wie Hohn klingt die Behauptung, dass „Impulse von zivilgesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden“ sollen angesichts der Tatsache, dass sich fast alle in der Erinnerungskultur aktiven Gruppen klar ablehnend gegenüber dem Konzept einer Lesesaal-Geschichtsecke geäußert haben und in dieser Kritik von zahlreichen Wissenschaftler\*innen unterstützt werden. Deren Forderung, die Wagenhalle oder eine ähnliche große Fläche im Stadthauskomplex durch die Stadt anzumieten, wird einfach ignoriert.

Zahlreiche Berichte von Akteuren des Widerstands, die im Stadthaus unter Folter verhört wurden und miterleben mussten, dass dort auch Kameraden ermordet wurden, sowie deren Angehörige bezeugen, dass sich hier im Zentrum Hamburgs auch die Zentrale ihrer Verfolgung befand. Darum kann auch nur hier am historischen Ort die zentrale Gedenkstätte des Widerstands eingerichtet werden, wie es von den Verfolgtenverbänden VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes– Hamburg) und AvS (Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten) gefordert wird. Es zeugt von großer Respektlosigkeit, wenn die Koalition die Dokumentation und Würdigung des Hamburger Widerstands jetzt in die JVA Fuhsbüttel nach Ohlsdorf verschieben will, an den Ort, wo diejenigen, die Widerstand leisteten, zu Opfern wurden, der aber weit entfernt von dem Zentrum von Terror und Unterdrückung (nicht nur in Hamburg, sondern in Norddeutschland) in der inneren Stadt liegt.

Diese Missachtung des Widerstands und das Verstecken der historischen Erinnerung an die zentrale Rolle des Stadthauses als Zentrum von Terror und Unterdrückung in einer privaten Buchhandlung mit angeschlossenem Café wird der Bedeutung der Erinnerung in Zeiten, in denen faschistische Ideologie erneut gesellschaftliche Akzeptanz gewinnt und die historischen Verbrechen immer wieder bagatellisiert

werden, in keiner Weise gerecht. Statt dem entgegenzutreten, gibt die Koalition von SPD und Grünen an diesem zentralen Ort der kommerziellen Nutzung, dem luxuriösen Schein und großen Investoren den Vorzug.

Im grünen Wahlprogramm stand noch, dass die Grünen für den Fall ihrer Regierungsbeteiligung "Flächen für einen tatsächlich geeigneten Lernort schaffen" wollen. Und auch die SPD war der Meinung, dass die wichtigste Aufgabe des Gedenkortes, nämlich auch Lernort zu sein, bisher nicht erfüllt ist. Außerdem braucht die neu geschaffene Stelle (Historikerin, bzw. Historiker) auch den ausreichenden Raum für entsprechende Aktivitäten. Ist das alles schon vergessen?

*Auch die von Hamburg aus besonders geforderte und geförderte deutsche Kolonialpolitik war eng mit Ideologie und Propaganda von Rassismus und völkischem Nationalismus verbunden und schuf damit eine der Voraussetzungen für den Aufstieg der NSDAP. Der Koalition ist das nur eine allgemeine Bemerkung wert, es findet sich kein Wort zur anhaltenden Hamburger Kolonialverklärung in Straßennamen und Denkmälern. Da wundert es dann auch nicht, dass die Koalitionäre die enge Verbindung der Kolonialpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, mit den Plänen und der teilweisen Umsetzung durch die Nazis in den besetzten Gebieten nach 1939, z.B. dem „Generalplan Ost“ (unter aktiver Beteiligung Hamburger Polizeieinheiten), erkennbar nicht im Blick haben.*

Das Desinteresse der Koalition an einer angemessenen Erinnerungspolitik wird auch in der folgenlosen Behauptung, dass „der 8. Mai ... als Tag der Befreiung und als Mahnung an die Gesellschaft, im Kampf gegen rechte Gewalt nicht nachzulassen, (für uns) eine große Bedeutung“ habe, deutlich. Die inzwischen breit unterstützte Forderung der VVN und Esther Bejaranos, den 8. Mai zum staatlichen Feiertag zu machen, wird schlichtweg ignoriert.

Es ist anstrengend, bleibt aber notwendig: Wie schon in den vergangenen Jahrzehnten muss das Erinnern an die NS-Vergangenheit Hamburgs und des Hamburger Widerstandes gegen Senat und Bürgerschaftsmehrheit erkämpft werden. Und solange diese einen Ort der Erinnerung an Terror und an Widerstand im Stadtzentrum verweigern, werden wir unsere Forderungen aufrechterhalten, vor Ort aktiv bleiben und in aller Öffentlichkeit an die Verbrechen des NS-Regimes im Stadthaus erinnern.

Kontakt:

Cornelia Kerth (VVN-BdA)

Wolfgang Kopitzsch (AvS)



## Termine in (und für) Mitte

**Dies sind die turnusmäßigen Termine. Ob sie als reale oder virtuelle Treffen oder gar nicht stattfinden ist zurzeit noch unklar. Bitte auf gesonderte Einladungen achten.**

**Montag, 06.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

**Donnerstag, 09.07., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Büro Billstedter Hauptstraße 76  
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

**Montag, 13.07., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 (?)

**Mittwoch, 15.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
GW, Hansaplatz 9

**Mittwoch, 15.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

**Montag, 20.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

**Freitags, 17 – 18 Uhr:**

**Mahnwache** der Ini Gedenkort Stadthaus  
ebendort, Ecke Neuer Wall (s.S. 8)

### August 2020

**Montag, 03.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

**Montag, 10.08., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

**Donnerstag, 13.08., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Büro Billstedter Hauptstraße 76  
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

**Montag, 17.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

**Mittwoch, 19.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
GW, Hansaplatz 9

**Mittwoch, 19.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.  
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck  
fremdes@gmx.de

**Regelmäßig Montag und Donnerstag**, jeweils von 13 bis 15 Uhr:  
**Sozialberatung** im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

**Bezirksvorstand:**

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX